

Wirtschaft

Firmen rüsten sich für den Ernstfall

Brexit Die britische Regierung bleibt dabei: Notfalls erfolgt der Brexit ohne Vereinbarung mit der EU. Die Unternehmen auf der Insel treffen Vorkehrungen und warnen vor schwerwiegenden Folgen.

Sebastian Borger, London

Da die britische Regierung von Premierministerin Theresa May ausdrücklich an der Möglichkeit eines Chaos-Brexit («No Deal») festhält, setzen die Unternehmen auf der Insel neun Wochen vor dem geplanten Austrittstermin zunehmend ihre Notfallpläne um. Der japanische Elektronikkonzern Sony verlegt sein EU-Hauptquartier von London nach Amsterdam. Die 180 Jahre alte Fährlinie P&O flaggt ihre Ärmelkanal-Fähren nach Zypern aus. Scharfe Kritik handelte sich Staubsauger-König James Dyson ein, der vor dem Referendum lautstark für den EU-Austritt geworben hatte. Die Verlegung seines Hauptsitzes von England nach Singapur zeuge von «niederschmetternder Heuchelei», empörte sich die Liberaldemokratin Layla Moran. Das Unternehmen begründete den Umzug mit der zunehmenden Bedeutung des Asiens-Geschäfts.

Zwar dient die Verlegung von Firmensitzen häufig nur rechtlichen Erfordernissen und hat nicht unbedingt Jobverluste zur Folge. Dyson-Staubsauger werden schon seit 15 Jahren nicht mehr in England, sondern in Malaysia produziert. Ein Firmensprecher erläuterte, lediglich die für Finanzen und Recht zuständigen Vorstandsmitglieder würden künftig in Singapur arbeiten. Dass aber ausgerechnet die Firma eines Brexit-Vorkämpfers gerade jetzt den Schritt macht, trägt zur hoch nervösen Atmosphäre in der britischen Wirtschaft bei.

Ähnliche Reaktionen zog vor Monaten auch die Mitteilung nach sich, wonach der Vermögensverwalter des konservativen Unterhaus-Abgeordneten und gelernten Bankers Jacob Rees-Mogg nach Dublin umzieht. Grosse Unternehmen wie zum Beispiel der Turbinenbauer Rolls-Royce sowie Automobilher-

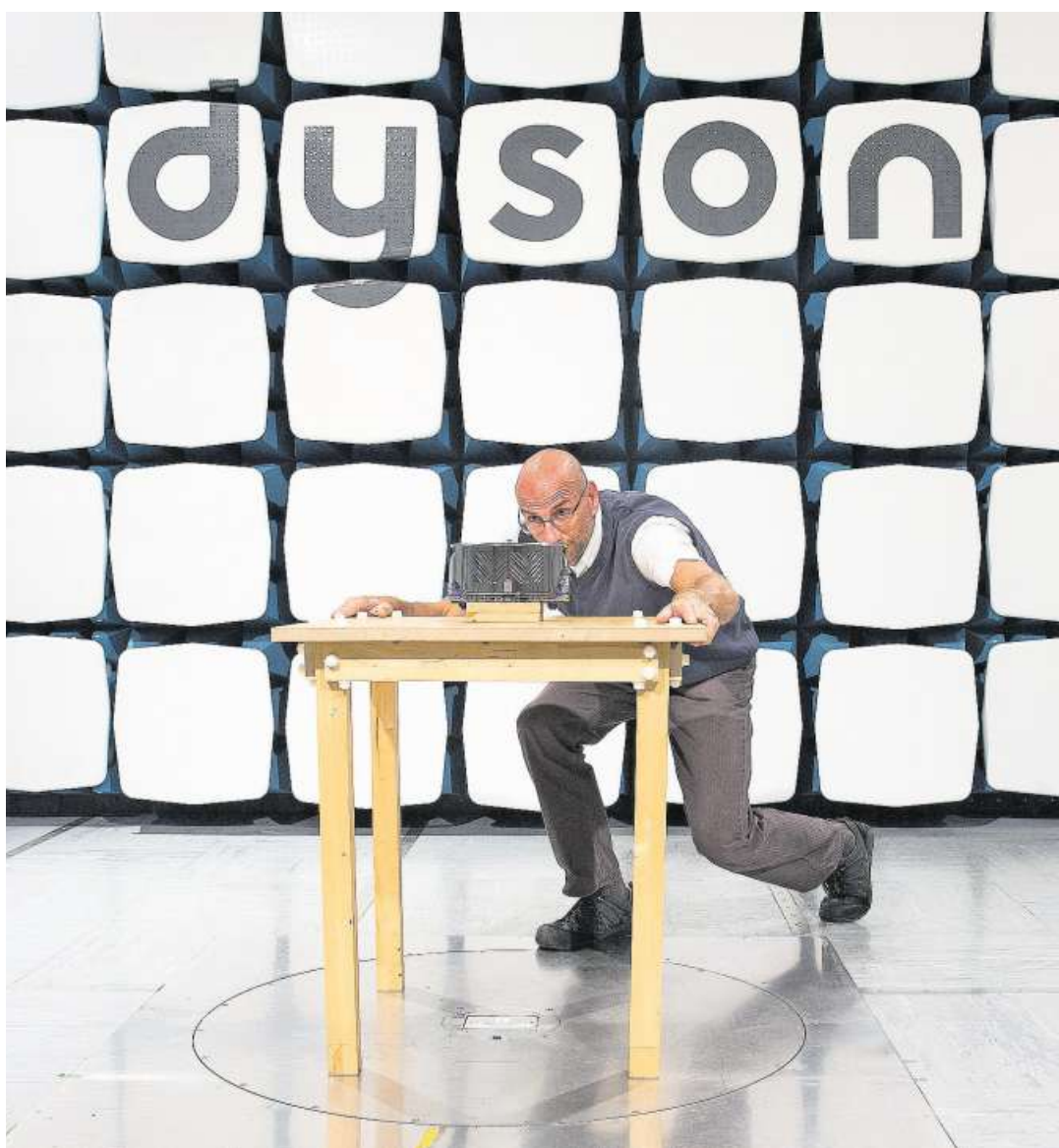
steller wie Nissan und Jaguar Land Rover haben bereits zweistellige Millionenbeträge in die Brexit-Vorsorge investiert, ihre Lagerhaltung erhöht, Entlassungen oder Kurzarbeit angekündigt. Die VW-Tochter Bentley spricht vom Brexit als dem «Killer» für die Profitabilität. Logistikexperten warnen angesichts der begrenzten Kapazität und möglicher Zeitverluste durch Zollkontrollen vor mehreren Dutzend Kilometern vor den Häfen am Ärmelkanal.

Grosse Banken stärken ihre Aussenposten

Der Geschäftsführer des Bauunternehmens Beechwood Homes sieht die Möglichkeit eines «No Deal» in Zusammenhang mit dem starken Abschwung in der Bauwirtschaft insgesamt. Da die Produktion von Zulieferern in der EU abhängig sei, könnten die Folgen «zur Schliessung unseres Unternehmens führen», warnt Robert Parker. Ähnliche Hiobsbotschaften gibt es auch aus der milliardenschweren Sandwichbranche, bei Pharmakonzernen und Chemiefirmen.

Das Signal aus der Wirtschaft könne klarer nicht sein, bekräftigt Carolyn Fairbairn vom Lobbyverband CBI: «Der «No Deal» sollte sofort ausgeschlossen werden.» Nur so lasse sich bleibender Schaden von britischen Unternehmen abwenden.

Viele Marktteilnehmer in der City of London, dem grössten internationalen Finanzzentrum der Welt, haben bereits Vorkehrungen gegen den Chaos-Brexit getroffen. Die US-Investmentbank Goldman Sachs hat Büros in Frankfurt, Paris und Mailand verstärkt, die Bank of America verlegt ihren Europa-Hauptsitz nach Dublin, die grossen australischen Banken CBA und Macquarie haben Dependancen in Amsterdam und Dublin gegründet. Einer Studie des Beratungsunternehmens EY zufolge plant



Ein Dyson-Mitarbeiter testet einen Roboterstaubsauger. Bild: Simon Dawson/Bloomberg (Malmesbury, 5. Oktober 2016)

rund ein Drittel von 222 befragten Finanzunternehmen den teilweisen oder gänzlichen Wegzug aus London, um weiter vom EU-Finanzbinnenmarkt zu profitieren. Bei Währungshändlern gewinnt offenbar Optimismus an Boden, Grossbritannien werde den «No Deal» vermeiden. Das Pfund hat in den vergangenen Tagen gegenüber Dollar und Euro Boden gutgemacht. Grund sei die wachsende Zuversicht, dass sich im Unterhaus eine Mehrheit gegen «No Deal» for-

«Der «No Deal» sollte sofort ausgeschlossen werden.»

Carolyn Fairbairn
Geschäftsführerin des Industriellenverbands CBI

miert, glaubt Andrew Scott vom Finanzberater JCRA: «Wenn der Worst Case nicht mehr im Spiel ist, sieht das Pfund schon deutlich weniger risikobehaftet aus.»

Tatsächlich haben Parlamentarier vor der nächsten wichtigen Brexit-Abstimmung am Dienstag ihre Änderungsanträge vorgelegt. Breite Unterstützung genießt dabei die frühere Labour-Ministerin Yvette Cooper; sie will die Regierung zwingen, den vorgesehenen Austrittstermin aufs Jahresende zu verlegen.

Dies würde die Tür zu Neuwahlen oder einem zweiten Referendum öffnen; Letzteres könnte Verfassungsexperten am Londoner University College zufolge binnen fünf Monaten über die Bühne gehen.

Milliarden für den Ernstfall

Allerdings soll «No Deal» zum vorgesehenen Termin (Mitternacht des 29. März) nach dem Willen von Premierministerin May unbedingt im Spiel bleiben – so sagte sie es jedenfalls am vergangenen Dienstag britischen Presseberichten zufolge ihrem Kabinett. Ihre oberste Pflicht sei die Umsetzung des vom Volk beschlossenen Brexit, erwiderte die Regierungschefin jenen Ministern wie Amber Rudd (Soziales) und David Gauke (Justiz), die einen «Schlafwandel ins wirtschaftliche Unglück» beschworen.

Vom WEF in Davos aus teilte vergangene Woche Aussenhandelsminister Liam Fox, einer der führenden Brexiteers im Kabinett, den BBC-Zuhörern mit, das politische Ziel sei wichtiger als «kurzfristige ökonomische» Effekte: «Wir handeln auf Anordnung des britischen Volkes.»

Finanzminister Philip Hammond sorgte vergangene Woche derweil für Aufsehen, weil er bei einer Telefonschaltung mit wichtigen Unternehmensleitern den Ausschluss von «No Deal» in Aussicht stellte. Sein Ressort hat Milliarden für den Ernstfall zur Verfügung gestellt. Dazu zählen die Einstellung Tausender von Mitarbeitern für den behördlichen Krisenstab und die Finanzierung zusätzlicher Polizeikräfte, die wegen Problemen mit der Lebensmittel- und Medikamentenversorgung Krawalle befürchten. Verteidigungsminister Gavin Williamson hat 1000 Soldaten zur Unterstützung der Sicherheitskräfte in Aussicht gestellt.

Aussichten

Das Zeitalter der Angst wirkt lähmend

Am Weltwirtschaftsforum in Davos werden immer wieder interessante Studien veröffentlicht. Eine fand ich diesmal besonders spannend, weil sie beleuchtet, wer am meisten Verlustängste hat. So wurde weltweit jüngeren Erwachsenen die Frage gestellt, ob man glaube, am Ende des Lebens besser oder schlechter als die Eltern-Generation gelebt zu haben.

In den westlichen Industrienationen war das Ergebnis einigermassen ausgeglichen. Es ist heute für 25-Jährige nicht mehr selbstverständlich, einen besseren Lebensstandard als die Eltern zu erreichen. Im westlichen «Zeitalter der Angst»

zeichnet sich zudem ab, dass die nachrückende Generation der materiellen Wohlstandsvermehrung nicht mehr alles unterordnet. Es zählen Werte und Selbstachtung, wenn möglich sogar Selbstverwirklichung.

Das stellt auch Arbeitgeber vor neue Herausforderungen. Der Lohn bleibt gewiss eine Komponente, aber noch wichtiger ist, ein Jobprofil zu haben, in dem vor allem die Stärken zum Tragen kommen. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass eine Arbeitskraft sich am Morgen als energiegeladener Mensch in sein Tätigkeitsgebiet stürzt und am Abend voller innerer Zufriedenheit nach

Hause geht. Zu Hause zeichnet sich allmählich ein weiterer Wandel ab, weil junge Erwachsene nicht mehr im selben Ausmass wie früher eigentumsfokussiert sind. Kinder wollen spürbar weniger das Einfamilienhaus und die Ferienwohnung der Eltern übernehmen. Sie fühlen sich in einer Mietwohnung wohl und sind hinsichtlich des Orts, wo Ferien verbracht werden, und der Räume, wo einer Erwerbsarbeit nachgegangen wird, viel flexibler geworden.

Die Jungen sind insgesamt nicht nur besser gebildet als früher, sondern sie sind auch politisch weniger eingenom-

men. Sie wollen ihre erworbenen Fähigkeiten einsetzen und lassen sich immer weniger von offensichtlicher Korruption und leeren Versprechungen an der Nase herumführen.

Wenn die politische Klasse ein Land beinahe hoffnungslos zugrunde richtet, wie das in Griechenland geschehen war, ziehen die Jungen und Qualifizierten ins stabilere Ausland. Rund 360 000 Griechen sind in den letzten zehn Jahren ausgewandert – darunter viele Ärzte, Krankenpfleger und Ingenieure.

Interessant ist, dass in den zwei global herausragenden

asiatischen Volkswirtschaften China und Indien die einleitende Frage mit viel mehr Zuversicht beantwortet wurde. Rund neun von zehn sind sich ziemlich sicher, dass ihr Wohlstand jenen der Eltern übertreffen wird. Das macht eine Gesellschaft hoffnungsvoll und zukunftsgerichtet. Der Status quo wird als Grundlage verstanden, sozusagen als Sprungbrett, und nicht als etwas, das es gegen jede Veränderung zu verteidigen gilt.

Was bei uns oftmals lähmend wirkt, wird in asiatischen Ländern mit umgekehrten Vorzeichen betrachtet. Da werden Innovationen mit

Freude und spielerischer Leichtigkeit aufgegriffen, auch von Erwachsenen. Sie werden als Zwischenschritte der steten Verbesserung verstanden und beschleunigen damit gewiss die positive Wirtschaftsdynamik.



Maurice Pedergnana
Professor für Banking und Finance an der Hochschule Luzern und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ).